# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen auswärtige Firmen: Invon: M. Dubes, L. Wollmatte No. 6—9; A. Oppelik, L. Stadenhausfad 2. — Frankfurt: Haasenstein und Vogler, Schillerplatz. Amsterdam bei der Commandite générale de Publicité. Bruxelles: John F. Jones & Cie. in Paris, 31 rue du Faubourg Montmartre. Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—9; A. Oppelik, I., Stadenhausfad 2. — Frankfurt: Haasenstein und Vogler, Schillerplatz. Amsterdam bei der Commandite générale de Publicité. Bruxelles: John F. Jones & Cie. in Paris, 31 rue du Faubourg Montmartre. Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

**Nr. 82.** **[37. Jahrgang.]** **Berlin, Donnerstag den 7. April 1898.** **[37. Jahrgang.]** **Nr. 82.**



Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **4 Mark**, **für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen.** Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition. **Wilhelmstraße 32**, Abonnements zum Preise von **4 Mark** vierteljährlich, sowie die Postpränumerando von **4 Mark 40 Pf.** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32**, zu richten, **und wird gleichzeitig Honoraranspruche erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 2248.


## Politischer Tagesbericht.

Berlin, den 6. April.

### Englische Politik in Ostasien.

Dem gegebenen Versprechen nachkommend, hat die britische Regierung gestern in beiden Häusern des Parlaments über die allgemeine politische Lage, namentlich in Ostasien, bedeutsame Erklärungen abgegeben. Im Unterhause war es Arthur Balfour, im Haus der Lords der Herzog von Devonshire, denen die Aufgabe zufiel, die von der öffentlichen Meinung dringend gewünschten Erläuterungen zu geben:

#### Unterhaus.

Der Erste Lord des Schatzes, Balfour, erklärte, eine Darlegung der gegenwärtigen politischen Lage sei nicht thunlich, da bestimmte, gewichtige Punkte nicht berührt werden könnten, so lange die Verhandlungen schwebten. Während der letzten Wochen seien die Gemüther in einem Zustande großer Aengstlichkeit gewesen. Obgleich die Regierung nicht das Recht habe, von ihren Gegnern Vertrauen zu fordern, so habe sie doch einiges Recht, es bei ihren Anhängern vorauszusetzen. In der That habe sie es mit ganz neuen Verhältnissen zu thun gehabt. Die Ursache für die neue Lage der Dinge habe in der übermäßigen unverantwortlichen Schwäche Chinas gelegen, welche Aenderungen in der offastatischen Politik der anderen Mächte hervorrief. England habe großes Interesse an der Lage Chinas nicht nur vom Gesichtspunkte des direkten Handels aus, sondern auch in Anbetracht der Thatsache, daß England der Pionier war in den Bestrebungen, China dem Handel der Welt zu erschließen, ehe noch Frankreich in Ostasien Kolonien hatte, ehe Deutschland überhaupt Kolonialpolitik verfolgte, und als Rußland noch durch große, wüste Gebiete von China getrennt war. Im weiteren Verlaufe seiner Rede kam Balfour auf seine Ausführungen vom 11. Januar zurück und wiederholte die Ziele der Politik Englands in Ostasien, wie er sie damals auseinandergesetzt hat, und zwar erstens, daß die Besetzung eines Gebietes in Ostasien nur schädlich wäre, weil sie Verantwortlichkeiten für die Bevölkerung mit sich führe, und daß solch eine Erwerbung möglichst zu vermeiden sei, wenn sie nicht als militärische oder maritime Basis erforderlich wäre, und zweitens, daß England, wenn auch nicht territoriale, so doch gewichtige kommerzielle Interessen habe. Weiter habe es damals gesagt, daß es zwei Möglichkeiten gebe, unter denen diese Handelsinteressen leiden könnten, an erster Stelle, wenn fremde Mächte an der chinesischen Küste Stationen erlangen und Differentialzölle zu Gunsten ihres und zum Schaden des englischen Handels einführen, und zweitens, wenn irgend eine Macht sich in den Besitz von Mitteln setzt, auf die chinesische Regierung einen Druck auszuüben und so indirekt dem englischen Handel und seinen Interessen Schaden zuzufügen, während nominell die Vertragsrechte ungestört bleiben. Diese Sätze wären damals vom Lande gebilligt worden, den diesen Prinzipien sei die Politik Englands treu gefolgt worden und werde noch davon geleitet. Herr Balfour sagt sodann einen Ueberblick über die von China zum Zwecke der Tilgung Chinas für den Weltbund erlangten Konzessionen, und fuhr fort, China habe sich verpflichtet, daß das Gebiet des Yangtse-Kiang unter keinen Umständen getheilt oder einer anderen Macht, als der englischen, verpachtet werden solle. Er wünsche nicht, die Frage der Einflußsphären zu erörtern. Da würde ihm zuviel sein, die Dörfern als Einflußsphären zu weit getrieben zu sehen, aber als vorbezeugte Maßnahme, welche eine Garantie gegen die Verfremdung des Yangtse-Kiang-Gebietes unmöglich mache, könne sie von Bedeutung sein bei Eintritt gewisser möglicher, wenn auch wahrscheinlich jetzt nicht nahestehenden Verhältnisse. Eine weitere Konzession sei, daß Harte Nachfolger im Zolldepartement ein Engländer sein solle. Robert Hart schaf, man hoffentlich so bleiben wird, eine chinesische und nicht eine britische Verwaltungsabtheilung, die keineswegs selbstsüchtige nationale Züge aufweise. Ich glaube, der dritte Theil der ihm unterstellten Beamten sind Franzosen, obwohl der französische Handel nicht ein Drittel des Handels mit China ausmacht. Das dritte Zugeständniß, durch welches den Schiffen aller Nationen Zugang zu allen großen Wasserwegen gewährt wird, muß einen ungeheuren Einfluß auf die Erschließung Chinas für den fremden Handel ausüben. Die Erbauung mitteländischer Eisenbahnlinien ist das Werk längerer Zeit, die Wasserwege aber sind fertig vorhanden. Die vierte Konzession ist die Eröffnung der drei schon bekannten Vertragshäfen. Mit Bezug auf die Stellung, in welcher England sich gegenüber den deutschen und russischen Erwerbungen befinde, sagt der Minister, er glaube, daß weder Rußland noch Deutschland die leiseste Absicht haben, England seiner vertragsmäßigen Rechte zu berauben. Deutschlands Versicherungen sind sowohl dem Tone als dem Geiste nach vollständig befriedigende, Deutschland verpflichtig, sich in seinem Besitzheit in China übereinstimmen mit den besten Absichten aller Nationen einzurichten. Ganz gewiß sind deutsche und britische Interessen in China — ich beschränke dies aber nicht nur auf China, sondern ich glaube, daß dieses uneingeschränkt wahr ist mit einander übereinstimmend. Eisenschleifereien mögen zwischen einzelnen Personen bestehen, aber die grundlegenden Interessen der beiden Länder müßten dieselben sein. Ich glaube zuversichtig, daß wir im Stande sein werden, Hand in Hand die allgemeinen kommerziellen Interessen wahrzunehmen. Rußland hat bon Seit zu Seit seine besonderen Auffassungen abgegeben, aber die Form dieser Auffassungen war nicht immer die genau dieselbe. Immerhin stimmten diese Auffassungen darin überein, daß kein britisches Vertragsrecht durch das russisch-chinesische Uebereinkommen berührt werden dürfte. Er könne nicht die russische Handelspolitik in China anderer Meinung, als daß sie Chinas Meinung hätte Rußland, wenn es seine Politik auf die Anlegung der sibirischen Bahn bis zu einem eisfreien Hafen beschränkt hätte, die Sympathien Deutschlands erlangt, die es suche, ohne das Gleichgewicht zu stören.

Unglücklicherweise hätten die russischen Staatsmänner eine entgegengesetzte Ansicht gehabt. Sie beschlossen Port Arthur in Besitz zu nehmen, das sein Handelshafen ist und sich kaum dazu eignet, ein solcher zu werden. Seine Bedeutung ist rein maritimer und militärischer Natur. Rußland selbst habe im Jahre 1890, als es sich der Besetzung durch Japan widersetzte, erklärt, daß die Besetzung Port Arthurs eine fortdauernde Drohung Peking gegenüber bedeute. England wünsche kein Monopol für den Einfluß in Peking. England wünsche durchaus nicht, Rußland von seinem entsprechenden Einfluß auszuschließen, Rußland aber versetze dem chinesischen Reich einen Schlag durch die Besitznahme Port Arthurs, das durch seine Lage die Zugänge nach Peking von der See aus beherrschen müsse. Deshalb habe die Regierung, sobald sie Kenntniß von dem Pachtvertrage betreffs Port Arthurs erlangt hatte, ihr Anrathe der russischen Regierung darüber mitgetheilt, welchen Nachtheil dieser Schritt für China habe und welchen Schaden Rußland sich durch dieselben aufzeige. Sie habe Rußland vorgeschlagen, von der Besitznahme von Port Arthur abzustehen, während England entsprechen sich verpflichtete, von keinem Hafen im Golf von Petschili Besitz zu ergreifen. Rußland habe den Vorschlag abgelehnt, worauf sie sich unverhältnißig worden sei, daß England für sich die Freiheit beanspruche, die zum Schutze der englischen Interessen nothwendig erscheinenden Schritte zu thun. England habe Wei-hai-Wei zu denselben Bedingungen erhalten, wie Rußland Port Arthur. Die Lage von Wei-hai-Wei im Golf von Petschili sei eine derartige, daß sie der Besitznahme von Port Arthur das Gleichgewicht bieten könnte. Durch die Besitzergreifung von Wei-hai-Wei habe England verhindert, daß der Golf von Petschili in maritimer Hinsicht in die Gewalt einer einzigen Macht gekommen sei. England habe das bestreben, so lange Zeit, wie es nur möglich sei, die Integrität Chinas zu wahren. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Aufgabe ungewöhnliche Ueberraschungen in Vorrath habe. Die Minister erklärten, sie könnten Niemand sagen, wann sie schließen, wenn die Integrität Chinas verletzt werde. Wenn diese Frage eintreten, so würden sie sich nicht sagen, wann sie Großbritannien einfach in den Interessen Europas handeln, wenn es sich um ein Stück der Politik zu sagen, China soll nicht in die Hand einer einzelnen Macht fallen, ein Akt der Politik, sich in ein schwieriges, kostspieliges Unternehmen einzulassen, um eine anderseitbare Gefahr abzuwenden und aus der Welt zu schaffen. (Großer Beifall.) Die Regierung bitte das Land, ihren Akt der Politik mit dem größten Vertrauen beizuteten, denn sie wisse, daß diese ihre Politik die Sympathie jeder großen Handelsgemeinschaft der Welt habe. (Beifall.)

Harcourt führt aus, er erachte die Rechtbarkeit der Bevölkerung für ihre Unthätigkeit, da die Regierung ihre Politik der „offenen Thür" welche augenscheinlich selbstgefährlich sei, nicht ausführte. Die Politik der militairischen Besetzung eines Theiles von China sei dafür angenommen worden. Die Regierung hätte lange vorherrschen können, daß Port Arthur Rußlands Ziel sei. Die Opposition wünsche keineswegs der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Redner erinnerte daran, wie eine Regierung durch das öffentliche Vorurtheil und durch Parteileidenschaft sich habe zum Krimkriege hinreißen lassen. Deshalb habe er sich jeden Versuches enthalten, die gegenwärtige Regierung auf eine Bahn zu drängen, welche nicht zu verfolgen sie guten Grund haben möge. (Beifall.) Diese sagte an, ob Wei-hai-Wei befestigt und mit einer Garnison versehen werden solle, wie Port Arthur. Der Parlaments-Unterstaatssekretär des Aeußeren, Curzon, erklärte, er sei gefragt worden, ob die Besetzung von Wei-hai-Wei Folgen nach sich ziehen würde, die Niemand bedauern müßte. Die Regierung glaube nicht, daß irgend ein Grund für diese Auffassung vorliege. Hinsichtlich der Forderungen und der Haltung Frankreichs in Schahna habe Balfour seine Erklärungen abgegeben, da über diese Angelegenheit noch Verhandlungen schwebten. Die Regierung habe erkannt, daß England in allen Theilen Chinas Interessen habe, und werde schwerlich zugeben, daß die Interessen in Süd-China beeinträchtigt werden. Edward Grey führte aus, die widersinnige Politik der Regierung habe einen schweren Verlust an dem Prestige Englands zur Folge gehabt und könne noch bedauernswerthe Folgen nach sich ziehen. Die Besitznahme von Wei-hai-Wei stelle das Gleichgewicht in der Machtvertheilung nicht wieder her. Beresford sprach die Ansicht aus, daß durch die Besetzung das Uebergewicht des russischen Einflusses zerstört werden würde. England solle sich bestreben, mit Deutschland zu einer Verständigung zu kommen. Hierauf vertagte sich das Haus bis zum 18. April.

#### Oberhaus.

Der Herzog von Devonshire gab Erklärungen über die Politik in Ostasien in ähnlichem Sinne wie Balfour im Unterhause ab; er führte aus, die Absicht Englands bezüglich Wei-hai-Wei's sei der japanischen Regierung mitgetheilt worden, welche aus verschiedenen Gründen erklärte, daß die ausgetauschten Mittheilungen gegenwärtig noch vertraulich bleiben sollten; aber er könne erklären, daß von Japan keinerlei Einwendung erhoben sei; es sei auch kein Grund für die Annahme, daß die Erwerbung von Wei-hai-Wei einen Widerspruch seitens Japans hervorrufen könnte. Die Konzession sei von dem Ersuchen begleitet gewesen, daß chinesischen Schiffen für die Benutzung des Hafens Erleichterungen zu Theil werden sollten, die den britischen Schiffen gewährt werden sollen. Die Regierung glaube, England Interessen in Süd-China, nicht aber im Norden Chinas, sondern sei vielmehr größer in der Mitte des Reiches und im Süden. Lord Kimberley bemerkt, die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Chinas sei für einen Theil der Regierungspolitik erklärt worden. Aber jetzt zeige sich, daß die Politik der „offenen Thüren" thatsächlich in einer Politik wasserdichter Abtheilungen geführt habe. Eine so ernste und wichtige Veränderung weise auf eine allmälige Absorption Chinas durch die anderen Mächte hin. Er hoffe zuversichtlich, daß es möglich sein werde, die Nation England darauf zu beschränken, daß gewaltige China dem Handel zu erschließen. Salisbury glaube, daß die Opposition, welche der Ansicht sei, daß einige Punkte der Regierungspolitik Anlaß zu einer Kritik gäben, würde sich freuen, wenn die Regierung in der Aufrechterhaltung des Friedens Erfolg habe. Das Haus vertagte sich hierauf bis zum 21. April.

### Spanien und die Vereinigten Staaten.

Das „Agenzia Stefani" erfährt aus Madrid, Spanien habe zur selben Zeit, als es die guten Dienste der Mächte erbat, sich auch an den Papst gewendet. Die vom Papst in Folge dieses Ersuchens ergriffene Initiative bestehe bis jetzt lediglich in einer Vermittelung zu Gunsten eines Waffenstillstands mit den Aufständischen auf Kuba.

Wie der „Temps" aus Rom meldet, telegraphirte der apostolische Legat Msgr. Martinelli, Mac Kinley habe geäußert, weder er, noch sonst Jemand hätte die Macht, den schlechten Willen der Aufständischen, welchen die Intervention des Papstes auf das der Majorität nach protestantische amerikanische Volk hervorgerufen habe. Mac Kinley habe hinzugefügt, er werde Alles thun, um den Krieg zu vermeiden, aber er könne nicht gegen die Gesinnung des Volkes vorgehen, welches die Unabhängigkeit Kubas wolle, damit endlich die dort seit Jahre andauernden Greuel aufhören.

Der spanische Minister des Aeußern Gullon erklärte gelegentlich einer Interview, Spanien habe auf Vermittelung des Papstes in zustimmendem Sinne geantwortet. Man erwarte eine Note des Vatikans, welche den Vorschlag des Papstes genau formulirt. Die Regierung nehme die Vermittlung in der Voraussetzung an, daß die Ehre Spaniens und die Integrität seines Gebietes gewahrt blieben. Wenn der Papst einen Waffenstillstand vorschlage, so müsse die Bitte um denselben von den Aufständischen ausgehen. Jedenfalls werde in dem Wortlaut des Vermittlungsvorschlages die Forderung der Beendigung des Krieges auf Kuba enthalten sein. Der Minister schloß seine Erklärungen mit der Bemerkung, der Konflikt habe während des jetzigen Krieges nur zwei blutige Gefechte weiterbestanden. Es sei mehr Licht nöthig, um klar zu sehen.

Eine Depesche des „New-York Herald" aus Washington besagt, der Krieg werde von Denjenigen für unvermeidlich gehalten, welche die Haltung der spanischen Botschaft, Mac Kinleys kennen. Diese Botschaft solle nach einer Unterredung, die eine Intervention mittelst Gewalt in sich schließen, die Botschaft bitte eine Anklageschrift gegen Spanien von solcher Schärfe, daß die Fortführung der diplomatischen Beziehungen unmöglich scheine. Die formelle Abberufung werde wahrscheinlich gleichzeitig mit der Uebergabe der Botschaft an den Gesandten erfolgen. Die „New-York Post" meint, Spanien werde binnen 48 Stunden alle Forderungen Amerikas bewilligen müssen.

Die Mittheilungen des Repräsentantenhauses sind gestern davon benachrichtigt worden, daß Schiffe nach Havana entsendet sind, um den amerikanischen Konsul Lee und die übrigen Konsularbeamten an Bord zu nehmen. Alle Amerikaner wünschen Kuba zu verlassen. Der telegraphische aus Havana, daß es ihm im Falle der Kriegserklärung unmöglich sei, die amerikanischen Staatsangehörigen vor Sonntag von Kuba zu befördern.

Aus Washington geht soeben noch folgender Drahtbericht ein: Die Mitglieder des Kongresses empfingen etwa 20 Depeschen von Bankiers und Gesellschaften mit der Bitte, eine weise Politik des Friedens zu unterstützen. Auch Präsident Mac Kinley erhielt Depeschen ähnlichen Inhalts. Der englische Botschafter, Lord Pauncefote, hatte eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter Cambon. Auf den hiesigen Botschaften und Gesandtschaften weht man, daß Frankreich und Oesterreich die größten Anstrengungen machen, um Grundlagen für eine gemeinsame Aktion der Mächte zu Gunsten des Friedens. Der Englische Jacht Sunbeam traf heute dem Unter-Staatssekretair des Auswärtigen, Day, einen Besuch ab."

Nach Besprechung des spanisch-amerikanischen Streitfalls bemerkt heute das „Journal de St. Pétersbourg": Man kann nur wünschen, daß eine freundliche Lösung erfolge, worauf, daß man nicht einen Konflikt eintreten sieht, der in so vielen Beziehungen so beklagenswerth wäre.

Ueber militärische Maßnahmen wird aus Cadix berichtet: Zwei Kompagnien Artillerie mit zwei Gebirgs-Batterien Jäger sind gestern über eingeschifft worden, um über die Kanarischen Inseln nach Havana zu gehen. Fünf weitere Bataillone wurden hierher beordert. Die Freiwilligen-Artillerie sind zu einer Brigade zusammengestellt und werden Artillerie erhalten.

### Französische Erwerbungen in China.

Die „Agence Havas" meldet aus Shanghai, Frankreich habe in den letzten Tagen sämmtliche China abverlangten Konzessionen erlangt.

Der „Times" wird aus Peking telegraphirt: China hat die französischen Forderungen folgenden Inhalts bewilligt: Nichterabtretung irgend eines Theiles von Kwangtung, Kwangsi und Jünnan, Bau einer Bahn nach Jünnan-fu, Verpachtung einer Kohlenstation, Anstellung eines Franzosen als Direktor der kaiserlichen Posten. Die englischen Rechte, betreffend die Erweiterung von Kaulung, sind nicht beeinträchtigt.

---

Aus Anlaß der **Annahme des Flottengesetzes** haben die Deutschen in Mailand folgendes Telegramm an Se. Maj. den Kaiser gerichtet:

„Seiner Majestät Kaiser Wilhelm II.

Homburg/Höhe.

Die Deutsche Kolonie Mailands, zum Bismarckfeste vereint und freudig erregt über die Annahme der Flottenvorlage, sendet Euer Majestät die ehrfurchtsvollsten Grüße, bewundernd zu Euer Majestät aufschauend.

Der Vorsitzende Mosterts."

Zur Abstimmung über das **Flottengesetz** lesen wir in der „Köln. Corresp.":

Bei der namentlichen Abstimmung über die Flottenvorlage ist den Wählern der wichtigsten See- und Handelsstädte des Deutschen Reiches wieder einmal ihre direkt wohlerstandige Vertretung im Reichstage vor Augen geführt worden. Außer den Abgeordneten von Königsberg und Kiel, den Sozialdemokraten hause und Legien, welche es für klug gehalten hatten, sich bei der Abstimmung unentschuldigt zu drücken, stimmten die — mit Ausnahme der letzten Berliner Freisinnigen Säule, Dr. Langerhans, durchweg sozialdemokratischen — Vertreter der folgenden Städte: Altona, Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, Köln, Magdeburg, München und Stettin (zusammen 16 „Genossen" und ein Freisinniger) gegen den § 2 des Flottengesetzes. Den hier in Betracht kommenden Wählern, die doch sicher in ihrer großen Mehrzahl für Annahme der Vorlage gesonnen sind, wird es obliegen, der widersinnigen, ja schmachvollen parlamentarischen Vertretung ihrer Vaterstädte mit vereinten Kräften ein Ende zu machen. Die gegen § 2 der Flottenvorlage opponirende Minderheit im Reichstage setzte sich, wie wir nochmals feststellt werden mag, folgendermaßen zusammen: 31 Zentrumsmitglieder, 20 Freisinnige, 11 Polen, 4 Welfen, 4 Süddeutsche Volkspartei, 3 Wilde, 3 Antisemiten und 49 Sozialdemokraten; in den verschiedenen Wahlkreisen sind man diesen Abgeordneten die öffentliche für ihr antinationales Verhalten eine gebührende Quittung ausstellen."

## Ausland.

### Rundschau.

Nach dem Flottenplan, welchen der Chef der **österreichisch-ungarischen** Marinekommandant Baron Spaun dem gemeinsamen Ministerrathe unterbreitet hat, soll die Kriegsmarine auf folgenden Stand gebracht werden: Auf 15 Schlachtschiffe von 6000 bis 9000 To. Deplacement, 7 Kreuzer 2. Kl. von 4000 bis 7000 To., 7 Kreuzer 3. Kl. von 1500 bis 2500 To., 15 Torpedofahrzeuge von 360 bis 600 To. und 90 Torpedoboote. Ferner soll die Donauflottille um 3 Monitors und 6 Patrouillenschiffe vermehrt werden. Der Kostenaufwand ist auf 45 Millionen Gulden veranschlagt und soll auf 10 Jahre vertheilt werden. Außerdem soll das ordentliche Marinebudget um jährlich 500 000 Gulden erhöht werden zur nothwendigen Vermehrung der Stäbe und der Mannschaftsbestände. Die Schiffe sollen auf inländischen Werften gebaut werden, desgleichen sollen die Geschütze, mit Ausnahme von einigen schweren, im Inland hergestellt werden.

Unser Wiener s.-Korrespondent bespricht die in Aussicht genommene Flottenverstärkung in nachfolgender Weise:

Schon seit langem wurde in den maßgebenden Kreisen die Unzulänglichkeit der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte erkannt und deren Vervollständigung angestrebt. Der frühere Marine-Chef Baron Sterneck hat's sich bereits eingehend mit dieser Frage beschäftigt, und schon lier, als man geglaubt, wird sie von seinem Nachfolger einer entsprechenden Lösung zugeführt. Dazu haben wohl nicht wenig die überseeischen Aktionen anderer Staaten zur Förderung und stetigen Entwicklung des auswärtigen Handels das Ihrige beigetragen, denn auch in Oesterreich-Ungarn ist die Erkenntniß erwacht, daß Vieles in dieser Richtung geschehen müsse, um das Versäumte nachzuholen. Zur Förderung des Staatswohles ist es niemals zu spät, und so darf erwartet werden, daß die diesbezüglichen Unternehmungen zu dem gewünschten Ziele führen werden. Die Opfer, die hiefür gebracht werden müssen, dürften nicht im Gewicht fallen, und neben der Delegationen, die sich in Bälde mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben werden, sicherlich auch anerkennen. Der Marine-Kommandant, Vizeadmiral Freiherr von Spaun, wird wie wir erfahren, für seinen Flottenplan im Ganzen 45 Millionen fl. als außerordentlichen Schiffsbaufonds, der in zehn Jahresraten verwendet werden würde, in Anspruch nehmen. Würde der neue Flottenplan genehmigt werden, dann wäre es möglich, bis zum Jahre 1909, also innerhalb 10 Jahren, die österreichisch-ungarische Kriegsmarine auf den Bestand von 15 Schlachtschiffen, 7 Kreuzern 2. Klasse, 7 Kreuzern 3. Klasse, 15 Torpedofahrzeugen und 90 Torpedobooten zu bringen. Auch die Donauflottille soll um 3 Monitors und 6 Patrouillenboote vermehrt werden. Selbst mit einer solchermaßen verwehrten und verstärkten Flotte würde die österreichisch-ungarische Marine, wie in den Kreisen derselben hervorgehoben wird, im Ernstfalle nur die defensive Aufgabe einer wirksamen Vertheidigung der Adria zufallen, im Gegentheil wäre sie berufen, die handelspolitischen Interessen der Monarchie im Orient wie in allen wichtigeren überseeischen Gebieten, auf welche zur Hebung des Exports Gedacht genommen werden muß, nach Kräften zu sichern.

Der **griechische** Marineminister hat endgültig seine Entlassung gegeben. Das Portefeuille desselben wird von dem Minister des Innern provisorisch übernommen.

Der „Times" wird vom **Kitara** von gestern gemeldet: Eine zur Erkundung der Stellung der Derwische unternommene Bewegung führte zu einem heftigen Gefecht mit dem Feinde, der in geschlossener Streitmacht anrückte, aber zurückgetrieben wurde und dabei 200 Mann verlor. Auf englischen Seite wurden 6 Mann getödtet und 10 verwundet.

Das Schiedsgericht über die **Delagoa-Bai-Fragen**, das in Bern seinen Sitz hat, besteht, wie erinnerlich, im Herbst 1896 eine Experteukommission, bestehend aus Ingenieur Stockalper aus Sitten, Direktor der Gotthardbahn Diehler und Ingenieur Nicole, zur Beantwortung einer Reihe technischer Fragen. Zu diesem Zwecke reiste im vergangenen Jahre der Experte Nicole nach Südafrika zu einem Augenscheine, auf Grund dessen jetzt die Experten einen längeren ausführlichen Bericht an das Schiedsgericht erstatten haben.

Der Bericht wird, sobald er gedruckt ist, an die Parteien vertheilt werden.

Staatssekretair Dr. Leyds hat sich bereit erklärt, die **Südafrikanische Republik** in Europa zu vertreten, und wird seinen Wohnsitz im Haag nehmen.

Das „Reuterische Bureau" meldet aus **Peking** von gestern: Der russische Geschäftsträger Pawlow begab sich heute früh in feierlichem Aufzuge in das kaiserliche Palais, um dem Kaiser für seine Bewilligung der Verpachtung von Port Arthur und Talienwan an Rußland zu danken.

Aus Hongkong wird gemeldet, daß der russische Kreuzer „Wladimir Monomach" gestern daselbst eingetroffen sei.

Ein großer Theil der **japanischen** Presse und des Publikums bringt in das Kabinet, eine aktive Politik angesichts der gegenwärtigen Lage in Ostasien einzuschlagen. Die britische Aktion betreffend Wei-hai-Wei rief Sensation hervor.

### Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 5. April. Die „Budapester Correspondenz" meldet: Nachdem im heutigen gemeinsamen Ministerrath unter Vorsitz des Grafen Badeni-Goluchowski das gemeinsame Budget für 1899 festgestellt worden, fand unter Vorsitz des Kaisers ein Kronrath statt, an welchem die gemeinsamen Minister, die beiden Ministerpräsidenten, sowie die beiderseitigen Finanzminister theilnahmen. In demselben wurde das Budget endgültig festgestellt und die den Delegationen zu unterbreitenden Vorlagen vereinbart. Der ungarische Finanzminister Dr. v. Lukacs, der am Vormittag vom Kaiser in längerer Privataudienz empfangen war, hatte hierauf eine eingehende Besprechung mit dem österreichischen Finanzminister Dr. Kaizl. Der ungarische Ministerpräsident Baron Banffy und Finanzminister v. Lukacs kehrten am Nachmittag nach Budapest zurück. — Die Konstituirung der ungarischen Quotendeputation wird erst nach Ostern erfolgen. — Kronprinzessin-Wittwe Stefanie ist gestern Abend mit ihrer Tochter nach Gries bei Bozen abgereist.

### Großbritannien.

* **London**, 5. April. Die Nachricht von der britischen Pacht Wei-hai-Wei ist für die englische Presse als Ueberraschung gekommen. Das reifere Urtheil über die Bedeutung bleibt deshalb abzuwarten. Daß die Meldung aber allgemeinen Zubelauf erregt hat, kann man schwerlich sagen. Sehr wenig befriedigt spricht sich der konservative Globe aus: „Zugegeben, daß unsere Interessen in China mehr kommerzieller als territorialer Natur sind, kann Niemand leugnen, daß die Nähe Kiautschous unseren Handel Eintrag gethan haben. Man redet dagne über das Panzer-Kiang-Thal als unser Einflußbahre. Welche Schritte will die britische Regierung thun, um das prächtige Gebiet zu erwerben, welches hinter der „offenen Thür" liegt, und es unserem Handel zu eröffnen? Gegenwärtig werden die Produkte des mittleren Thales mittels Dschunken nach dem Norden gezogen. Wenn die russischen Eisenbahnen weiter südlich als Peking gehen, so werden sie ohne Zweifel viel von dem Handel des Yangtse-Thales an sich ziehen. Die französischen Expeditionen von Tonkin nach Tschantin zeigen deutlich, welchen Erwerb der Lual b'Orsay in China zu erwerben hofft. Jetzt ist es die Sache Großbritannniens, klar die Grenzen der Gebietsansprüche sowohl in Nord- wie in Süd-China anzugeben. Wenn das geschehen ist, und nicht eher, wird das englische Volk glauben, daß das Ministerium im fernen Osten in einer Weise gehandelt hat, welche unseren großen Handelsinteressen und unserem Ansehen des britischen Reiches entspricht." — Die „St. James's Gazette" meint, viele Engländer glaubten, England habe nichts gethan, bis nicht die britischen Kanonen der Mandschurei fortgetrieben wären. „Aber sie ziehen nicht Rußlands Macht, seine Hülfsquellen, seine geographische Lage und unsere eigenen materiellen Interessen in jenen Gegenden in Rücksicht. Der Mehrzahl der Engländer aber wird es völlig genügen, wenn uns unsere Blätter durch solchen entschiedenen Schritt, wie die Pacht Wei-hai-Wei's, erwarten werden ist und wir Handelsfreiheit durch freundschaftliches Abkommen mit Rußland, Japan und Deutschland uns gesichert haben."

### Frankreich.

* **Paris**, 5. April. Hier war heute Abend das Gerücht verbreitet, Dreyfus sei auf der Teufelsinsel gestorben. Der Kolonialminister Lebon erklärte einem Interviewer, daß er hierüber Meldungen hierüber erhalten habe. — Im Senat fragte Provst de Launay an, weshalb der Justizminister nach dem Verdikt der Geschworenen nicht die Streichung Zolas aus der Ordensliste der Ehrenlegion beantragt habe. Der Justizminister erwidert, die Affaire Zola sei noch in der Schwebe; die Anfrage sei daher verfrüht. — Gestern ist eine aus dem französischen Gesandten in Marokko, M. de Monbel, dem Legationssekretair Frédille, dem Dragoman Fumey und vier Spahis bestehende französische Mission nach Marakesh aufgebrochen, um den Sultan zu besuchen.

### Rumänien.

* Die rumänische Regierung hat am 25. v. M. einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer neuen selbstständigen Gesandtschaft im Haag der Kammer vorgelegt. Da auch die Konservativen der Errichtung der diplomatischen Vertretung Rumäniens grundsätzlichen Widerspruch nicht entgegensetzen wollen, so ist anzunehmen, daß der neue Gesandtschaftsposten ohne Schwierigkeit und ohne größere Debatten zur Annahme gelangen wird.

### Dänemark.

‡ **Kopenhagen**, 5. April. Bei den heutigen Wahlen zum Folkething wurden gewählt 15 Konservative, 23 Moderate der Linken, 63 Radikale der Linken und 43 Sozialisten. Bisher zählte der Folkething 24 Konservative, 35 Moderate der Linken, 56 Radikale der Linken und 9 Sozialisten. Die radikale Linke gewann also die Mehrheit im Folkething. In Kopenhagen verlor die Rechte einen Radikalen. Marineminister Normann wurde wiedergewählt. In der Kopenhagener Vorstadt Frederiksberg fand eine konservative Protest-Gilinger über den bisherigen radikalen Abgeordneten, Kommandeur zur See Sojesco. In Odense wurde der frühere Kultusminister Scavenius gewählt. Die Sozialdemokraten eroberten die städtischen Städte Aalborg, Randers und Horsens. Der Führer der Freihandelspartei, Kaufmann Knudt, wurde in Slagelse wiedergewählt. Der Führer der Protektionisten, Redakteur Wulff, unterlag in Horsens.

### Zentralamerika.

* Der bekannte junge Weltreisende Egon Kunhardt aus Hamburg schreibt über die Eindrücke, die die Ermordung des Präsidenten von Guatemala, des Generals Barrios, im Lande machte, das Folgende:

**Guatemala**, den 25. Februar 1898.

Ich war seit zwei oder drei Wochen auf der Finca Santa Ubelaida mit der Beaufsichtigung der Indianerarbeiten in den Zuckerfeldern beschäftigt. Diese Obliegenheit ist einförmig, wie jede andere Beschäftigung im Fincaleben. Um so willkommener war mir die Unterbrechung, auf einige Tage nach dem 85 Kilometer von der Santa Ubelaida entfernten Distrikthauptorte reiten zu müssen, um mancherlei Kleinigkeiten, die durch brieflichen Verkehr nicht wohl Erledigung finden konnten, zum Abschlusse zu bringen. Die Stadt mag 30 000 Einwohner, darunter 8000 Weiße, zählen; sie ist, nach der Hauptstadt Guatemala, die größte im Lande, würde aber jedem deutschen Kleinstädter recht langweilig erscheinen. Andere bieten sie sich Dem, der sich dem Finaleben anpassen mußte, der Monate kaum mit andern, als mit stumpfsinnigen Indios verkehrte. Die Tage vom 5. bis 13. Februar versprachen ist mich Festtage zu werden; es giebt keine europäischen Festtage mehr, als nach langer Abgeschlossenheit wieder unter gesittetere Menschen zu kommen.

In Quezaltenango ist die Familie Aparicio ansässig; sie ist die begüterste im Lande. Bei Gelegenheit des Aufstandes im vorigen